

Ausschuss für Bau, Planung, Umwelt und Straßen

N i e d e r s c h r i f t

Gremium: Ausschuss für Bau, Planung, Umwelt und Straßen - öffentlich

Sitzungstermin: Montag, 19.03.2012

Raum: Ratssaal des Rathauses

Sitzungsbeginn: 17:00 Uhr

Sitzungsende: 18:50 Uhr

Das Ergebnis der Beratung ergibt sich aus den Anlagen, die Bestandteil dieser Niederschrift sind.

Genehmigt und wie folgt unterschrieben:

Vorsitzender:

Bürgermeister:

Protokollführer:

TEILNEHMERVERZEICHNIS

Anwesend sind:

Ausschussvorsitz

Herr Hans-Dieter Röben CDU

ordentliche Mitglieder

Herr Timo Kirchhoff CDU

Frau Susanne Lamers CDU

Herr 1. stv. BM Torsten Wilters CDU

Herr Rainer Zörgiebel FFR

Frau Evelyn Fisbeck FDP

Herr Rüdiger Kramer SPD

Herr Lars Krause SPD

Frau Monika Sager-Gertje SPD

Frau Sabine Eyting B90/Grüne

Herr Gerd Langhorst B90/Grüne

Ehrenratsmitglieder

Herr Hans-Hermann Schlange SPD

Verwaltung

Herr Bürgermeister Dieter von Essen

Herr Hans-Hermann Ammermann

Herr Jörg-Hendrik Kunze

Herr Ralf Kobbe

Protokoll

Gäste

Herr Frank Jacob von der Nordwest-Zeitung Rastede

Frau Britta Lübberts von der Rasteder Rundschau

Herr Thomas Aufleger vom Planungsbüro Nordwest-Plan

Herr Olaf Mosebach vom Planungsbüro Diekmann & Mosebach

sowie 6 weitere Zuhörer

VERZEICHNIS DER TAGESORDNUNGSPUNKTE

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 06.02.2012
- 4 56. Änderung des Flächennutzungsplanes - Photovoltaikpark Hahn
Vorlage: 2012/049
- 5 Bebauungsplan Nr. 96 - Photovoltaikpark Hahn
Vorlage: 2012/050
- 6 57. Änderung des Flächennutzungsplanes - Photovoltaikpark Liethe
Vorlage: 2012/047
- 7 Bebauungsplan Nr. 97 - Photovoltaikpark Liethe
Vorlage: 2012/048
- 8 Deckenprogramm 2012/2013
Vorlage: 2012/041
- 9 Ausbau Buschweg - Festlegung des Ausbauquerschnittes
Vorlage: 2012/052
- 10 Abschnittsbildungsbeschluss für den Ausbau Buschweg
Vorlage: 2012/053
- 11 Fortschreibung des ZVBN-Nahverkehrsplans 2013-2017 - Antrag B'90/Die Grünen
Vorlage: 2012/040
- 12 Einrichtung einer Querungshilfe an der Oldenburger Straße, Antrag der F.D.P.
Vorlage: 2012/046
- 13 Schließung der Sitzung

Tagesordnungspunkt 1

Eröffnung der Sitzung

Der Ausschussvorsitzende Herr Röben eröffnet die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Bau, Planung, Umwelt, Straßen um 17:00 Uhr.

Tagesordnungspunkt 2

Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung

Der Ausschussvorsitzende Herr Röben stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Anwesend sind elf stimmberechtigte Mitglieder.

Der Ausschuss für Bau, Planung, Umwelt, Straßen beschließt:

Die Tagesordnung wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Tagesordnungspunkt 3

Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 06.02.2012

Der Ausschuss für Bau, Planung, Umwelt, Straßen beschließt:

Die Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Bau, Planung, Umwelt und Straßen vom 06.02.2012 wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Tagesordnungspunkt 4

56. Änderung des Flächennutzungsplanes - Photovoltaikpark Hahn
Vorlage: 2012/049

Sitzungsverlauf:

Herr Aufleger vom Planungsbüro Nordwest-Plan stellt anhand einer Power-Point-Präsentation (Anlage 1 der Niederschrift) noch einmal die Grundzüge der Planung vor und erläutert die im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit und der frühzeitigen Behördenbeteiligung eingegangenen wesentlichen Stellungnahmen und die daraus resultierenden redaktionellen Änderungen, sodass nunmehr unter Berücksichtigung der in der Vorlage dargelegten Abwägungsvorschläge die 56. Änderung des Flächennutzungsplanes in die öffentliche Auslegung und Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger gehen kann.

Frau Lamers befürwortet das Vorhaben, mit dem der Anteil der regenerativen Energien in der Gemeinde Rastede erhöht werden kann. Sie bemerkt, dass die Fläche derzeit brachliegt und daher ideal für die Aufstellung einer Freiland-Photovoltaikanlage geeignet ist.

Herr Kramer bemerkt, dass die SPD-Fraktion das Projekt ebenfalls unterstützt und froh darüber ist, dass der private Investor aus der Gemeinde Rastede kommt.

Frau Eyting gibt zu verstehen, dass die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen die Installation einer Freiland-Photovoltaikanlage auf einer Konversationsfläche mitträgt und erfreut darüber ist, dass mit dem heimischen Investor auch die regionale Wertschöpfungskette gestärkt wird.

Beschlussempfehlung:

1. Der Entwurf zur 56. Änderung des Flächennutzungsplanes (56. Flächennutzungsplanänderung- Photovoltaikpark Hahn) wird beschlossen.
2. Die im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB sowie der frühzeitigen Behördenbeteiligung gemäß § 4 Abs.1 Bau GB eingegangenen Stellungnahmen werden auf der Grundlage dieser Beschlussvorlage sowie der Sitzung des Ausschusses für Bau, Planung, Umwelt und Straßen vom 19.03.2012 berücksichtigt.
3. Dem Entwurf der 56. Änderung des Flächennutzungsplanes nebst Umweltbericht wird zugestimmt.
4. Die öffentliche Auslegung und die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange wird gemäß § 3 Abs.2 BauGB in Verbindung mit § 4 Abs. 2 BauGB durchgeführt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 11
Nein-Stimmen:
Enthaltung:
Ungültige Stimmen:

Tagesordnungspunkt 5

Bebauungsplan Nr. 96 - Photovoltaikpark Hahn
Vorlage: 2012/050

Sitzungsverlauf:

Herr Aufleger vom Planungsbüro Nordwest-Plan stellt anhand einer Power-Point-Präsentation (Anlage 2 der Niederschrift) die im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit und der frühzeitigen Behördenbeteiligung eingegangenen wesentlichen Stellungnahmen und die daraus resultierenden redaktionellen Änderungen, sodass nunmehr unter Berücksichtigung der in der Vorlage dargelegten Abwägungsvorschläge der Bebauungsplan Nr. 96 in die öffentliche Auslegung und Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger gehen kann.

Frau Lamers, Herr Kramer und Herr Langhorst signalisieren analog zu den Ausführungen zu TOP 4 Zustimmung zum Beschlussvorschlag.

Beschlussempfehlung:

1. Die Aufstellung des Bebauungsplanes 96 – „Photovoltaikpark Hahn“ nebst Begründung und Umweltbericht wird gemäß § 1 Abs. 3 Baugesetzbuch (BauGB) beschlossen.
2. Die im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB sowie der frühzeitigen Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange eingegangenen Stellungnahmen werden auf der Grundlage dieser Beschlussvorlage sowie der Sitzung des Ausschusses für Bau, Planung, Umwelt und Straßen vom 19.03.2012 berücksichtigt.
3. Dem Entwurf des Bebauungsplanes 96 – „Photovoltaikpark Hahn“ nebst Begründung und Umweltbericht wird zugestimmt.
4. Die Beteiligung der Öffentlichkeit und die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange werden gemäß § 4a Abs. 2 in Verbindung mit § 3 Abs. 2 BauGB durchgeführt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 11
Nein-Stimmen:
Enthaltung:
Ungültige Stimmen:

Tagesordnungspunkt 6

57. Änderung des Flächennutzungsplanes - Photovoltaikpark Liethe

Vorlage: 2012/047

Sitzungsverlauf:

Herr Mosebach vom Planungsbüro Diekmann und Mosebach stellt anhand einer Power-Point-Präsentation (Anlage 3 der Niederschrift) noch einmal die Grundzüge der Planung vor und erläutert die im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit und der frühzeitigen Behördenbeteiligung eingegangenen wesentlichen Stellungnahmen und die daraus resultierenden redaktionellen Änderungen, sodass nunmehr unter Berücksichtigung der in der Vorlage dargelegten Abwägungsvorschläge die 57. Änderung des Flächennutzungsplanes in die öffentliche Auslegung und Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger gehen kann.

Auf Anfrage von Herrn Kramer erläutert Herr Mosebach, dass die Kompensation des Waldes im Verhältnis 1:1,5 im ursprünglich nördlich gelegenen Plangebiet (Liethe) und im Ipwegermoor erfolgen soll.

Frau Eyting beanstandet, dass trotz erfolgter Zusage im vergangenen Ausschuss für Bau, Planung, Umwelt und Straßen zur heutigen Sitzung immer noch kein Umweltbericht vorgelegt wurde, sodass der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen nach wie vor eine wichtige Entscheidungshilfe fehlt. Dessen ungeachtet macht sie deutlich, dass ihre Fraktion die Installation von Freiland-Photovoltaikanlagen auf Flächen, die für eine gewerbliche oder landwirtschaftliche Nutzung in Frage kommen, grundsätzlich ablehnt und die Installation von Photovoltaikanlagen nur auf Konversationsflächen, Industriebrachen sowie öffentlichen und privaten Dächern unterstützen wird.

Herr Mosebach stellt klar, dass ein den gesetzlichen Vorgaben entsprechender umfassender Umweltbericht erarbeitet wurde und im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit sowie der frühzeitigen Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange vorgelegen hat. Er macht ergänzend deutlich, dass hinsichtlich der Planung keine entgegenstehenden Belange vorliegen und bei der frühzeitigen Beteiligung keine weiteren Hinweise gegeben wurden.

Herr Kramer signalisiert Zustimmung zum Projekt und bemerkt, dass für die von allen Fraktionen vorangetriebene Energiewende gar nicht genug Konversationsflächen und Dächer zur Verfügung stehen, zumal in Rastede bereits nahezu alle geeigneten öffentlichen Dächer genutzt werden. Im Übrigen erfolgt eine sachgerechte und umfangreiche Kompensation, womit die Wertigkeit des Waldes gesteigert wird.

Frau Lamers schließt sich den Ausführungen von Herrn Kramer an und begrüßt, dass sich der Investor bei der aktuell vorliegenden Planung auf den 110-Meter-Korridor entlang der Bahntrasse beschränkt. Sie weist allerdings noch einmal ausdrücklich darauf hin, dass man in Rastede nicht Freiland-Photovoltaikanlagen um jeden Preis ermöglichen, sondern jeden Einzelfall explizit prüfen werde.

Herr Langhorst bemerkt ergänzend zu den Ausführungen von Frau Eyting, dass das Fehlen des Umweltberichts ein Verfahrensmangel darstellt und auch die Abholzung des Birkenwaldes problematisch ist, zumal aus Sicht der Grünen die angedachte Ausgleichsfläche im nördlichen Bereich sinnvoller für die Erweiterung des Gewerbe- und Industriegebietes genutzt werden könnte.

Auf Nachfrage von Herrn Langhorst erläutert Herr Ammermann, dass die angesprochenen Ausgleichsflächen in Loy nicht zur Verfügung stehen.

Frau Sager-Gertje legt dar, dass die Planung aus städtebaulicher Sicht durchaus vertretbar ist und auf Grundlage der vorgeschriebenen Ausgleichsmaßnahmen anstelle des vorhandenen Birkenwalds ein sehr hochwertiger Wald entsteht. Im Übrigen weist sie mit Blick auf die Aussage der Grünen darauf hin, dass sie keinen großen Unterschied zu der geplanten Photovoltaikanlage in Hahn erkennen kann. Nach ihrer Auffassung handelt es sich in Hahn auch nicht mehr um eine Konversionsfläche, da die Fläche bereits seit Jahrzehnten nicht mehr von der Bundeswehr genutzt wurde. Vielmehr wurde dort bereits seit vielen Jahren ein Campingplatz betrieben. Darüber hinaus waren die Bäume in Hahn - um die es bislang keinerlei Diskussion gab - teilweise deutlich hochwertiger als im Bereich Liethe.

Frau Lamers ergänzt, dass die Belange des Naturschutzes von der Unteren Naturschutzbehörde sorgfältig aufgearbeitet wurden.

Herr Krause erläutert, dass heute über Pläne privater Investoren beraten wird, sodass mögliche Alternativen hinsichtlich des Standortes gar nicht zur Verfügung stehen. Damit bleibt für den Rat nur die Möglichkeit, sich für oder gegen den Standort auszusprechen.

Bürgermeister von Essen weist darauf hin, dass der Umweltbericht noch heute Abend den Ratsmitgliedern zur Verfügung gestellt wird, sodass eine ordnungsgemäße Beschlussfassung im Verwaltungsausschuss am 20.03.2012 stattfinden kann.

Herr Langhorst bemerkt abschließend, dass die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen stets auf erneuerbare Energie gesetzt hat und jetzt nicht deren Ausbau verhindern will, sondern nach differenzierter Betrachtung im aktuellen Fall zu dem Ergebnis gekommen ist, dass übergeordnete Gründe gegen die Installation einer Freiland-Photovoltaikanlage sprechen.

Beschlussempfehlung:

1. Der Entwurf zur 57. Änderung des Flächennutzungsplanes (57. Flächennutzungsplanänderung – Photovoltaikpark Liethe) wird beschlossen.
2. Die im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB sowie der frühzeitigen Behördenbeteiligung gemäß § 4 Abs.1 Bau GB eingegangenen Stellungnahmen werden auf der Grundlage dieser Beschlussvorlage sowie der Sitzung des Ausschusses für Bau, Planung, Umwelt und Straßen vom 19.03.2012 berücksichtigt.
3. Dem Entwurf der 57. Änderung des Flächennutzungsplanes – Photovoltaikpark Liethe nebst Umweltbericht wird zugestimmt.
4. Die öffentliche Auslegung und die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange wird gemäß § 3 Abs.2 BauGB in Verbindung mit § 4 Abs. 2 BauGB durchgeführt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	9
Nein-Stimmen:	2
Enthaltung:	
Ungültige Stimmen:	

Tagesordnungspunkt 7

Bebauungsplan Nr. 97 - Photovoltaikpark Liethe
Vorlage: 2012/048

Sitzungsverlauf:

Herr Mosebach vom Planungsbüro Diekmann und Mosebach stellt anhand einer Power-Point-Präsentation (Anlage 4 der Niederschrift) die im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit und der frühzeitigen Behördenbeteiligung eingegangenen wesentlichen Stellungnahmen und die daraus resultierenden redaktionellen Änderungen, sodass nunmehr unter Berücksichtigung der in der Vorlage dargelegten Abwägungsvorschläge der Bebauungsplan Nr. 97 in die öffentliche Auslegung und Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger gehen kann.

Auf Nachfrage von Herrn Langhorst erläutert Herr Mosebach, dass die auf der Planzeichnung hellgrün schraffierte Fläche als extensive Wiese genutzt werden soll.

Beschlussempfehlung:

1. Die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 97 – Photovoltaikpark Liethe nebst Umweltbericht wird beschlossen.
2. Die im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB sowie der frühzeitigen Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange eingegangenen Anregungen werden auf der Grundlage dieser Beschlussvorlage sowie der Sitzung des Ausschusses für Bau, Planung, Umwelt und Straßen vom 19.03.2012 berücksichtigt.
3. Dem Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 97 – Photovoltaikpark Liethe nebst Begründung und Umweltbericht wird zugestimmt.
4. Die Beteiligung der Öffentlichkeit und die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange werden gemäß § 4a Abs. 2 in Verbindung mit § 3 Abs. 2 BauGB für die Dauer eines Monats durchgeführt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	9
Nein-Stimmen:	2
Enthaltung:	
Ungültige Stimmen:	

Tagesordnungspunkt 8

Deckenprogramm 2012/2013

Vorlage: 2012/041

Sitzungsverlauf:

Auf Nachfrage von Herrn Kramer erläutert Herr Ammermann, dass sofern das aufgelegte Deckenprogramm planmäßig abgearbeitet wird und auch künftig ausreichend Finanzmittel zur Verfügung gestellt werden die Parkstraße voraussichtlich 2014 saniert wird.

Frau Lamers bemerkt, dass die vorab durchgeführte Bereisung sehr informativ war und eindrucksvoll belegt hat, dass die vorgelegte Gesamtkonzeption schlüssig und sinnvoll ist.

Herr Krause weist darauf hin, dass auch der Voßbarg in einem sehr schlechten Zustand ist, sodass gegebenenfalls überlegt werden sollte, die Maßnahme auch ohne externe Förderung durchzuführen.

Herr Ammermann legt dar, dass die Aufnahme in das Förderprogramm nach dem Entflechtungsgesetz grundsätzlich erfolgt ist, jedoch derzeit nicht klar ist, wann entsprechende Finanzmittel für dieses Vorhaben zur Verfügung stehen. Er weist ergänzend darauf hin, dass die Förderquote rund 60 Prozent beträgt, sodass bei einem Verzicht auf die Förderung auch die Anlieger entsprechend höher belastet werden. Dessen ungeachtet werden normale Flickarbeiten selbstredend durchgeführt.

Beschlussempfehlung:

Folgende Straßen werden 2012 saniert:

Haarenkamp	Tragdeckschicht/ Tränkung	29.000 €
Dörpstraat	Oberflächenbehandlung (OB)	30.000 €
Logemanns Damm	Decke	104.000 €
Brombeerweg	Oberflächenbehandlung (OB)	15.000 €
Moorweg	Oberflächenbehandlung (OB)	6.000 €
Hirtenweg	Decke	28.000 €
<u>Am Heidkamp 1.BA</u>	<u>Decke</u>	<u>38.000 €</u>
Gesamtinvestition 2012		250.000 €

Folgende Straßen werden 2013 saniert:

Am Heidkamp 2. BA	Decke	93.000 €
Friedhofsweg	Dünne Schicht im Kalteinbau (DSK)	26.000 €
Waldstraße	Decke/ Bord/ Rinne	93.000 €
<u>Carl-Rohde-Straße</u>	<u>DSK</u>	<u>38.000 €</u>
Gesamtinvestition 2013		250.000 €

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 11
Nein-Stimmen:
Enthaltung:
Ungültige Stimmen:

Tagesordnungspunkt 9

Ausbau Buschweg - Festlegung des Ausbauquerschnittes
Vorlage: 2012/052

Sitzungsverlauf:

Frau Lamers spricht sich für die vorgeschlagene Festlegung des Ausbauquerschnittes aus und begrüßt, dass nun endlich ein erster Abschnitt des Buschweges saniert wird.

Frau Sager-Gertje gibt zu bedenken, dass ein Hochbord für Rollstuhlfahrer möglicherweise ein unüberwindbares Hindernis darstellen kann, sodass gegebenenfalls der Einbau von Tiefbordanlagen sinnvoller ist. Im Übrigen zeigt sich am Beispiel des Meenheitsweges, dass auch ein niveaugleicher Ausbau einer Sammelstraße mit Schülerverkehren grundsätzlich möglich ist und auch diskutiert werden sollte.

Herr Ammermann macht deutlich, dass auf dem Buschweg deutlich höhere Schülerverkehre verzeichnet werden und es zudem nicht sinnvoll ist, einen Teilabschnitt des Buschweges rauszulösen und grundsätzlich anders auszubauen als die verbleibenden übrigen Teilstücke.

Herr Langhorst führt aus, dass sich der niveaugleiche Ausbau beispielsweise in der Anton-Günther-Straße und der Petersstraße bestens bewährt hat und auch künftig favorisiert werden sollte. Dessen ungeachtet ist es wie von Herrn Ammermann erläutert aber auch nicht sinnvoll, ein Teilstück aus einer mit einem Fußweg ausgestatteten Straße niveaugleich auszubauen.

Herr Krause schließt sich den Ausführungen von Frau Sager-Gertje und Herrn Langhorst weitestgehend an und regt an, anstatt eines Hochbord es eine Tiefbordanlage einzubauen.

Herr Ammermann unterbreitet den Vorschlag, die Trennung des Verkehrs wie in der Beschlussvorlage vorgeschlagen vorzunehmen, den Begriff „Hochbordanlage“ durch „Bordanlage“ im Beschlussvorschlag zu ersetzen und dem Planungsbüro mit auf den Weg zu geben, verschiedene Bordanlagen im weiteren Planungsverlauf vorzustellen.

Beschlussempfehlung:

Der Buschweg erhält in dem Ausbauabschnitt zwischen Bahnstrecke und Morissestraße eine 4,50 m breite Fahrbahn zuzüglich einer Reihe Ritterbankettplatten sowie einen in nördlicher Richtung angrenzenden Gehweg von 1,5 m Breite mit einer Bordeinfassung.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 11
Nein-Stimmen:
Enthaltung:
Ungültige Stimmen:

Tagesordnungspunkt 10

Abschnittsbildungsbeschluss für den Ausbau Buschweg

Vorlage: 2012/053

Sitzungsverlauf:

Auf Nachfrage von Herrn Krause hinsichtlich der Anzahl und Zuordnung der Abschnitte erläutert Herr Ammermann, dass durchaus mehrere Abschnitte gebildet werden können, jedoch immer die Zielsetzung verfolgt werden muss, letzten Endes die gesamte Straße zu einem späteren Zeitpunkt ausbauen zu wollen.

Beschlussempfehlung:

Im Rahmen der Straßenausbaumaßnahme „Buschweg“ wird beitragsrechtlich ein selbstständig abrechenbarer Abschnitt zwischen dem Einmündungsbereich Buschweg / Morissestraße und der Eisenbahnquerung Oldenburg-Wilhelmshaven (Anlage 1) gebildet.

Ein Ausbau über den ausgebauten Abschnitt hinaus im Bereich des Buschweges (Eisenbahnquerung Oldenburg-Wilhelmshaven bis Einmündungsbereich Feldbreite sowie Einmündungsbereich Morissestraße bis Einmündungsbereich Voßbarg) ist nach Durchführung weiterer Untersuchungen und damit Konkretisierung der Baumaßnahmen zu einem späteren Zeitpunkt vorgesehen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 11
Nein-Stimmen:
Enthaltung:
Ungültige Stimmen:

Tagesordnungspunkt 11

Fortschreibung des ZVBN-Nahverkehrsplans 2013-2017 - Antrag B'90/Die Grünen
Vorlage: 2012/040

Sitzungsverlauf:

Herr Langhorst erläutert ergänzend zum eingereichten Antrag, dass bereits im Vorfeld der anstehenden Fortschreibung des ZVBN Nahverkehrsplanes die Interessen der Gemeinde beispielsweise beim angestrebten Haltepunkt in Hahn-Lehmden und bei der Verbesserung der Erreichbarkeit des Hauptortes deutlich zum Ausdruck gebracht werden sollten. Er erkundigt sich, ob und inwieweit bei der ersten Zusammenkunft beim Landkreis am 14. März konkrete Ergebnisse hinsichtlich der Fortschreibung des Nahverkehrsplanes erzielt werden konnten.

Herr Ammermann berichtet, dass die erste Vorstellung nicht überbewertet werden darf, jedoch Themenschwerpunkte wie die Forderung nach einem Haltepunkt in Hahn-Lehmden bei der Planung gesetzt sind. Nach derzeitiger Einschätzung ist damit zu rechnen, dass bis Ende April aussagekräftigere Unterlagen vorliegen, sodass nach den Sommerferien die Thematik in den Ratsgremien noch einmal aufgegriffen werden kann.

Auf Nachfrage von Herrn Langhorst führt Herr Ammermann aus, dass der Bürgerbus lediglich ein freiwilliges, zusätzliches Angebot darstellt und nicht Bestandteil des verpflichtenden Nahverkehrsplanes ist.

Seitens der Ausschussmitglieder herrscht Einvernehmen darüber, zunächst die Auswertung der konkretisierten Unterlagen abzuwarten und die Fortschreibung des Nahverkehrsplanes nach der Sommerpause noch einmal zu thematisieren.

Beschlussempfehlung:

Die Ausführungen werden zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 11
Nein-Stimmen:
Enthaltung:
Ungültige Stimmen:

Tagesordnungspunkt 12

**Einrichtung einer Querungshilfe an der Oldenburger Straße, Antrag der F.D.P.
Vorlage: 2012/046**

Sitzungsverlauf:

Frau Fisbeck trägt noch einmal die Argumente für ihren Antrag vor und stellt insbesondere heraus, dass im Bereich des Kögel-Willms-Platzes und des Ärztehauses auf der anderen Straßenseite sehr viele Kinder und ältere Personen die Straße queren, sodass hier eine besondere Gefährdung der schwächeren Verkehrsteilnehmer vorliegt.

Bürgermeister von Essen unterbreitet den Vorschlag, den Antrag zuständigkeitshalber an die Verkehrsbehörde des Landkreises Ammerland weiterzuleiten und sobald eine Antwort vorliegt, auf die Angelegenheit zurückzukommen.

Herr Langhorst bemerkt, dass sich die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom Grundsatz her für eine Querungshilfe ausspricht und eine entsprechende Stellungnahme seitens des Ausschusses für Bau, Planung, Umwelt und Straßen das Anliegen durchaus voranbringen könnte.

Herr Kramer und Frau Lamers schließen sich den Ausführungen von Herrn Langhorst an und unterstützen ebenfalls den eingebrachten Antrag.

Beschlussempfehlung:

Die Gemeinde Rastede begrüßt grundsätzlich die Einrichtung einer Querungshilfe an der Oldenburger Straße.

Die Verwaltung wird beauftragt, den Antrag auf Erstellung eines Fußgängerüberweges zur Entscheidung an die Verkehrsbehörde des Landkreises Ammerland weiterzuleiten.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	11
Nein-Stimmen:	
Enthaltung:	
Ungültige Stimmen:	

Tagesordnungspunkt 13

Schließung der Sitzung

Der Ausschussvorsitzende Herr Röben schließt die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Bau, Planung, Umwelt, Straßen um 18:50 Uhr.